

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Wenn ich die letzten Wortbeiträge so Revue passieren lasse, dann passt dazu ein Halbsatz aus dem Lukasevangelium: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“

(Zurufe)

Das muss ich leider sagen, weswegen ich auch gerne die sehr sachlichen Erläuterungen des Kämmerers noch ein bisschen ergänzen und noch einmal klarstellen will, was die Stadt Frankfurt hier jetzt machen kann beziehungsweise machen muss und was ihre Aufgabe ist. So schwer ist das eigentlich nicht. Es geht um eine Malrechnung mit zwei Faktoren. Der erste Faktor steht fest, der ist über eine landesrechtliche Regelung definiert worden, das wissen auch die Grundeigentümer. Die Stadt muss jetzt den zweiten Faktor in dieser Malrechnung festlegen. Das ist der schon mehrfach zitierte Hebesatz. Dabei ist die Stadt Frankfurt wie alle anderen Kommunen auch völlig frei. Die Stadt - und das ist heute die politische Mehrheit der Frankfurter Ampelkoalition - legt einen Hebesatz fest, der Auswirkungen hat. Wenn einem das Ergebnis nicht gefällt, dann ist man hier politisch auch in der Pflicht, das anders zu machen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Aus Sicht der CDU ist das Ergebnis, das Ihr Hebesatz heute für viele Menschen in Frankfurt bringen wird, nicht in Ordnung. Es ist schlicht unsozial, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Sie haben sich alle in Ihren Beiträgen sehr im Abstrakten versteckt. Das hätte ich vielleicht an Ihrer Stelle auch gemacht, weil das Konkrete nämlich unangenehm wird.

Was bedeutet dieser Hebesatz, den Sie heute mit Ihrer Mehrheit beschließen, für viele Menschen in Frankfurt? In über 1.000 Grundstücksfällen wird sich der Grundsteuerbetrag im nächsten Jahr gegenüber diesem Jahr mehr als verzehnfachen. Jetzt kann man vielleicht noch sagen, dass es bei über 190.000 Grundstücksfällen nur ein ganz kleiner Teil ist und es nur ganz Wohlhabende betrifft. Das bleibt aber nicht allein. Daneben tritt noch einmal eine Gruppe von über 41.000 Grundstücksfällen, wo sich die Grundsteuer vom Betrag her von diesem ins nächste Jahr mehr als verdoppeln wird. Wenn Sie sich überlegen, dass es sich in diesen über 41.000 Grundstücksfällen nicht immer nur um Häuser handelt, in denen nur ein

Haushalt untergebracht ist, sondern sicherlich auch um eine ganze Menge Mehrfamilienhäuser, dann sprechen wir hier - und das ist noch zurückhaltend kalkuliert - von über 100.000 Haushalten, die von einer Grundsteuererhöhung um mehr als das Doppelte betroffen sein werden.

Wir haben auch im Ausschuss von Frau Busch gehört, dass sie mit diesen Prozentzahlen nicht so viel anfangen kann. Deswegen will ich es noch einmal auf drei plastische Beispiele herunterbrechen. Wir haben drei konkrete Fälle, in denen die gar nicht so schwere Leistung darin bestand, den Grundsteuermessbetrag aus dem Brief mit dem Hebesatz malzunehmen, den Sie heute hier beschließen, um auszurechnen, was denn da für das nächste Jahr herauskommt und wie hoch die Grundsteuer für dieses Jahr war. Bei einem Einfamilienhaus in Bergen-Enkheim steigt die Grundsteuer von 496 Euro auf 547 Euro. Das sind etwa zehn Prozent mehr. Da kann man noch sagen, okay, das ist vielleicht verkraftbar. Wenn wir uns ein Mehrfamilienhaus ansehen, das zum Beispiel in Eschersheim liegt, steigt die Grundsteuer für dieses Haus von 201 Euro auf 470 Euro, das sind 134 Prozent mehr. Oder anders ausgedrückt: Es ist ein Anstieg auf mehr als das Doppelte. Wenn Sie ein Mehrfamilienhaus nehmen, das im Nordend liegt, bei dem im Moment die Grundsteuer 1.045 Euro beträgt, dann wird dieser Betrag im nächsten Jahr auf 3.573 Euro steigen, also um 242 Prozent oder - in Vervielfachung gesprochen - auf mehr als das Dreifache. Das sind drei konkrete Beispiele.

Jetzt will ich es für Sie noch plastischer machen. Was heißt denn „verdoppelt“ zum Beispiel für eine Familie in einer Mietwohnung? Konkret heißt das, dass sie gewissermaßen noch zusätzlich für einen dreizehnten Monat Nebenkosten zahlen muss, die dann übrigens komplett aus diesem Grundsteuerbetrag bestehen. Bei einer Verdreifachung des Grundsteuerbetrages für das entsprechende Grundstück heißt das für so eine Familie, dass sie einen dreizehnten und zusätzlich noch mal einen vierzehnten Monatsbetrag an Nebenkosten zahlen muss - für ein Jahr, das eigentlich nur zwölf Monate hat -, und zwar wegen der von Ihnen beschlossenen Grundsteuer.

Wie wird sich das für die Betroffenen anfühlen? Spätestens im nächsten oder übernächsten Jahr wird der Vermieter - auch nachvollziehbar - eine erhöhte Nebenkostenvorauszahlung geltend machen müssen, um die Mieter Ende 2026 nicht mit einer bösen Abrechnung zu überraschen. Mit so einer Politik helfen Sie deutlich mit, dass die Wohnkosten hier in Frankfurt, über die wir oft sprechen, die sehr hoch sind, noch höher werden. Das kann es nicht sein.

(Beifall)

Ich wundere mich schon ein bisschen, dass gerade eine Partei wie die, der der letzte Redner angehört und die das Wort „sozial“ in ihrem Namen trägt, so was mitmacht. Dass die CDU hier heute der SPD erklären muss, was eigentlich soziale Politik ist, das ist schon bemerkenswert.

(Beifall, Heiterkeit)

Das gilt noch einmal mehr, wenn man sich überlegt, wie Sie sich vorhin mit viel Eigenlob und viel Pathos beim Frankfurt-Pass gefeiert haben.

(Zurufe)

Wenn ich mir das vor Augen halte und wir hier jetzt über eine sehr große Zahl von Menschen, Familien und Haushalten reden, für die es eine drastische Steigerung geben wird, die Ihnen entweder völlig egal ist oder die Sie vielleicht nicht realisiert haben, aber beides ist nicht entschuldigbar, dann muss man sich schon die Frage stellen, was eigentlich Ihr eigener Anspruch noch wert ist, mit dem Sie einmal angetreten sind.

Was hat denn eigentlich die Frankfurter Ampelkoalition in den letzten fünf Monaten gemacht? Haben Sie die Zahl, die das Land einmal als Dienstleistung ausgerechnet hatte, also bei welchem Aufkommen die Kommune alles so lassen könnte, wie es ist - der Kämmerer hat es erklärt -, nachgerechnet? Hat das fünf Monate gedauert? Haben Sie eigentlich festgestellt, über welche Härtefälle Sie reden wollen? Herr Huber hat, glaube ich, von einer zielgerichteten Härtefallkonzeption gesprochen. In Ihrer Vorlage steht ein blumiger Satz, wonach es eine Härtefallregelung geben soll. Punkt. Alles andere bleibt offen. Konkrete Angaben? Fehlanzeige. Es bleibt völlig unklar, für wen, wann und wie viel. Das ist nicht zustimmungsfähig. Es hätte ja auch andere Lösungen gegeben, wenn Sie sich in den fünf Monaten darum gekümmert hätten. Sie hätten überlegen können, die Grundsteuer für die nächsten Jahre zu staffeln oder einen niedrigeren Satz zu nehmen. Man hätte es zum Beispiel auch bei den 500 Prozent, die es bisher gab, belassen können - statt der 855 Prozent, die Sie heute beschließen -, um dann zu gucken, wie die Steigerungen aussehen und ob es damit einen Deckel gibt.

Im Übrigen: Wir reden über 220 Millionen Euro, das ist schon gesagt worden, und das bei einer sprudelnden Gewerbesteuer, von der wir am Dienstag vom Kämmerer gehört haben, dass sie jetzt um rund 150 Millionen Euro höher ausfällt als geplant - 150 Millionen Euro, die jetzt mehr in der Kasse sind als von Ihnen für dieses Jahr geplant. Das sind schon fast 220 Millionen Euro, wie sie aus der gesamten Grundsteuer kommen. Merken Sie was? Zwei Drittel des gesamten Jahresaufkommens bei der Grundsteuer wären mit diesem Betrag schon abgedeckt. Im Übrigen: Die 210 Millionen Euro beim Grundstück für die Städtischen Bühnen, über die wir vorhin gesprochen haben, sind doch für Sie auch ein Klacks, und Sie haben bis heute nicht gesagt, wo das Geld eigentlich herkommen soll. Das sind auch ziemlich genau - zumindest nah dran - die 220 Millionen Euro aus der Grundsteuer. Wir finden, darüber hätten Sie früher nachdenken sollen. Sie haben jetzt noch die Zeit, weswegen wir auch beantragt haben - zweckmäßig und sachgerecht -, die Vorlage zurückzustellen und noch einmal zu überarbeiten.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gregor Amann:**

Herr Dr. Kößler, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Stadtverordneter Dr. Nils Köbler, CDU:
(fortfahrend)

Wir fordern Sie ausdrücklich dazu auf, im Namen derjenigen, die davon hart betroffen sind.

Vielen Dank!

(Beifall)